

Sehr geehrte Damen und Herren,

gegen den NEP lege ich Einspruch ein.

Begründung:

1. Die Leitung beginnt in Thüringen, genau an den Braunkohlefeldern. Es ist offensichtlich, dass hier ausschließlich Braunkohlestrom transportiert werden soll. Es ist auch offensichtlich, dass die großen Stromkonzerne interessiert sind, die Stromherstellung weiterhin zentral zu belassen. Eine dezentrale Energieversorgung mit Ökostrom ist hier nicht gewünscht.
2. Die gigantischen Kosten für die geplante Leitung sollten viel besser in die Entwicklung von Speichermöglichkeiten für Strom gesteckt werden. Nach einem Bericht der Nürnberger Nachrichten sind die Forschungen hier schon sehr weit gediehen.
3. Mit der Stromtrasse wird unnötig Landschaft und Natur zerstört.
4. Es wird behauptet, die Gleichstromnetze haben keine Strahlungen und sind gesundheitlich ungefährlich. Warum wird das neue Netz, wenn schon wirklich notwendig, nicht auf bestehende Stromtrasse mit aufgelegt. Hier müsste man keine Umwelt mehr zerstören. Nach Auskunft eines Sprechers von Amprion soll das nicht getan werden, da man dann gegenseitige Störungen befürchtet. Dies ist ein Zeichen dafür, dass das Gleichstromnetz anscheinend doch nicht so strahlungsarm ist. Hier wird die Bevölkerung bewusst getäuscht.
5. Die Berechnungen für die geplanten Netze werden der Öffentlichkeit nicht zur Verfügung gestellt. Der Chef der Bundesnetzagentur, Herr Homann, hat in einem Artikel des Handelsblattes behauptet, dass die Berechnungen seiner Fachleute richtig seien, und die Berechnungen der Gegner hauptsächlich von Steuerberatern (Anm.; meine Kollegen) kommen. Tatsächlich ist ein Hauptanführer der Trassengegner Herr Prof. Dr. Hirschhausen, Lehrstuhlinhaber an der Technischen Universität Berlin. Der Chef von Amprion, also aus dem Bereich von Herrn Homann, ist gelernter Steuerberater. Hier werden die Leute anscheinend auch für dumm verkauft.
6. Herr Homann hat in einem Artikel des Handelsblattes vom 14.03.2014 behauptet, dass die Öffentlichkeit rechtzeitig in das Thema einbezogen wurde. Ich wohne direkt an einem geplanten Trassenkorridor. Bei uns hat sich noch niemand sehen lassen. Ich halte diese Aussage von Herrn Homann deshalb auch für eine Lüge.
7. Unter öffentlichem Druck hat die Bundesregierung das Ende der Atomkraftwerke zeitlich festgelegt, ohne sich um die Versorgung zu kümmern. Angesichts der wachsenden Zahl von Atomkraftwerken um Deutschland herum, sicherlich eine fragliche Aktion. Mit dem EEG wurden Unsummen von Geldern für noch nicht vollständig entwickelte Solaranlagen verschleudert. Das meiste Geld ist hier zu den Modulherstellern nach China gewandert. Jetzt sollen Atomkraftwerke noch früher abgeschaltet werden, da neue Brennelemente benötigt werden. Das Problem sind nicht die neuen Brennelemente, sondern die Brennelementesteuer, die den Konzernen zu hoch ist. Die Brennelementesteuer wurde jedoch schon von zwei Finanzgerichten als verfassungswidrig eingestuft. Als Inhaber eines Kleinbetriebes kann man hier nur mit dem Kopf schütteln, wie unfähig und ungeplant die Behörden und Großkonzerne arbeiten. Der Flughafen Berlin lässt grüßen.
8. Nach den Protesten von Stuttgart 21 wollte man erkannt haben, dass man die Bürger frühzeitig in die Planungen integrieren muss. Wie in einem Punkt 6 bereits aufgeführt wird dies von den Behörden behauptet hat aber tatsächlich nicht stattgefunden. Es kann deshalb davon ausgegangen werden dass die Proteste gegen die Stromtrasse, sollte sie durchgeführt

werden, mit der gleichen Härte wie in Stuttgart durchgeführt werden. Den Behörden sei Dank.

Mit freundlichen Grüßen

Hermann E.